
Sitzungsunterlagen zur StuRa-Sitzung am 08.07.2010

Inhaltsverzeichnis

Vorschlag zur Tagesordnung.....	2
Antrag 10/001 (Forderungskatalog POT/81).....	3
Antrag 10/064 (Abrechnung geförderter Projekte).....	4
Antrag 10/065 (Datenschutz - Veröffentlichung der AE Listen).....	5
Antrag 10/066 (Datenschutz - Veröffentlichung der Protokolle).....	6
Antrag 10/067 (Leitmeinungskontrollgremium).....	6
Antrag 10/068 (HSG Anerkennung – neues SächsHG).....	7
Antrag 10/069 (HSGs – Meinungen und Themen auf Homepage).....	7
Antrag 10/070 (HSGs – Zeitung des Studentenrates).....	8
Antrag 10/071 (HSGs – Büromaterialien).....	8
Antrag 10/072 (HSGs- Unterstützung durch den StuRa).....	9
Antrag 10/073 (Widerruf der Anerkennung als HSG).....	9
Antrag 10/074 (Ausschlussklausel für Nazis).....	10
Antrag 10/075 (AEs in der KSS).....	11
Antrag 10/076 (Gleichbehandlung als Kriterium für die KSS Finanzvereinbarung).....	11
Antrag 10/077 (Briefe an den StuRa).....	12
Antrag 10/080 (Transportkoffer für Musikanlage).....	13
Antrag 10/081 (Wiederanerkennung der GFSK).....	14

Vorschlag zur Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia
2. Forderungskatalog POT/81 (Antrag 10/001)
3. Abrechnung geförderter Projekte (Antrag 10/064)
4. Veröffentlichung der AE Liste (Antrag 10/065)
5. Veröffentlichung der Protokolle (Antrag 10/66)
6. Leitmeinungskontrollgremium (Antrag 10/067)
7. HSG Anerkennung – neues SächsHG (Antrag 10/068)
8. HSGs – Meinungen und Themen auf Homepage (Antrag 10/069)
9. HSGs – Zeitung des Studentenrates (Antrag 10/070)
10. HSGs – Büromaterialien (Antrag 10/071)
11. HSGs – Unterstützung durch den StuRa (Antrag 10/072)
12. Widerruf der Anerkennung als HSG (Antrag 10/073)
13. Ausschlussklausel für Nazis (Antrag 10/074)
14. AEs in der KSS (Antrag 10/075)
15. Gleichbehandlung als Kriterium für Zustimmung der KSS Finanzvereinbarung (Antrag 10/076)
16. Briefe an den StuRa (Antrag 10/077)
17. Transportkoffer für Musikanlage (Antrag 10/080)
18. Wiederanerkennung der GFSK (Antrag 10/081)
19. Sonstiges

Antrag 10/001 (Forderungskatalog POT/81)

Antragssteller: Michael Moschke

geänderter Antragstext:

Der StuRa möge beschließen, den aktuellen Forderungskatalog des POT81 als Arbeitsgrundlage zur Formulierung eigener Forderungen zu verwenden, sich öffentlich zu positionieren und daraus Handlungsrichtlinie, im Sinne einer dem stetigen Arbeitsprozesses übergeordneten Zielsetzung, abzuleiten.

Forderungskatalog wieder im Anhang zu dieser E-Mail oder online unter http://www.stura.tu-dresden.de/webfm_send/837

Antrag 10/064 (Abrechnung geförderter Projekte)

Antragssteller: Matthias Zagermann

Antragstext:

Der Studentenrat möge folgende Ergänzung zur "Richtlinie über die finanzielle Förderung studentischer Projekte der Studentenschaft der TU Dresden" beschließen:

Neu: § 3 (8) "Bei der Abrechnung der vom StuRa geförderten Projekte ist grundsätzlich eine Teilnehmerliste einzureichen. Auf der Teilnehmerliste müssen die Teilnehmer ihre Anwesenheit durch Unterschrift bestätigen. Weiterhin ist darin die Zugehörigkeit zur Studentenschaft der einzelnen Teilnehmer anzugeben."

Begründung:

Die Förderung studentischer Projekte durch den StuRa erfolgt unter Aufwendung studentischer Mittel. Derzeit ist es jedoch eine Überprüfung, ob ein gefördertes Projekt tatsächlich den Aufgaben der Studentenschaft im Sinne § 2 der Satzung entspricht, im Nachhinein schwer möglich. Daher empfehle ich die Einführung einer grundsätzlichen Nachweispflicht der Teilnahme an den vom StuRa geförderten Projekten.

Änderungsantrag

Antragsstellerin: Kristin Hofmann

Antragstext:

Der Studentenrat möge folgende Ergänzung zur "Richtlinie über die finanzielle Förderung studentischer Projekte der Studentenschaft der TU Dresden" beschließen: eu: § 3 (8) Bei der Abrechnung der vom StuRa geförderten Projekte ist in der Regel ein Bericht über das geförderter Projekt abzugeben. Dieser wird von einer geeigneten Mitarbeiterin aus dem Geschäftsbereich Inneres ausgewertet. Der Bericht enthält die ungefähre Teilnehmerinnenzahl, die Bewertung und Verbesserungsvorschläge/mögliche Problemfelder/Ideen."

Begründung:

Der Antrag von Matthias zielt in die richtige Richtung. Zwar bitten wir oft um einen Bericht für die StuRa-Homepage, doch nachdem das Geld ausgezahlt wird, gibt es oft keinen Kontakt mehr. Mein Antrag soll in 2 Richtungen wirksam werden. Zum einen sollen die Gruppen/Antragsstellerinnen ihre Arbeit reflektieren, um auch Probleme, bei denen der StuRa aktiv helfen kann, herausfinden. Zum anderen soll es die Beratung verbessern und Unklarheiten beseitigen. Eine Teilnehmerinnenliste finde ich der Sache nicht angemessen, zudem sie nichts über die Qualität der Veranstaltung aussagt.

Antrag 10/065 (Datenschutz - Veröffentlichung der AE Listen)

Antragssteller: Joachim Francke (Referat Datenschutz)

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen, die Veröffentlichung der AEs zukünftig und rückwirkend Datenschutzkonform zu gestalten.

Dies bedeutet:

- der AE Passus in der StuRa-Satzung ist in Ordnung und ausreichend (vgl. Tariftabelle im ÖD)
- darüber hinaus ist keine Veröffentlichung zulässig

Die Aufschlüsselung der Einzelposten der AE sind für das Plenum nicht nötig. Einzelfallprüfungen sind per Anfrage an den Finanzer möglich.

Einzigste Einsichtsberechtigte sind: die GF, der GF Finanzen und die Mitarbeiterin die die AEs auszahlt. (Ebenso die Innenrevision/Finanzprüfung)

Begründung:

Ergibt sich aus §37 Absatz 2 SächsDSG "Daten im ÖD". Dieser gilt sinngemäß für den AE-Sachverhalt.

Antrag 10/066 (Datenschutz - Veröffentlichung der Protokolle)

Antragssteller: Joachim Francke (Referat Datenschutz)

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen sämtliche Sitzungsprotokolle (StuRa, GF, Förderausschuss, usw.) zukünftig und rückwirkend Datenschutzkonform zu gestalten.

D. h.:

- Gäste werden nicht protokolliert
- bei Anträgen wird nur der Antragssteller (nicht die evtl. anwesende Unterstützungsgruppe) protokolliert.

Alternativ: Einwilligungserklärung + Widerrufsmöglichkeit

Begründung:

Die Sitzungen sind öffentlich, somit ist nur die Erfassung der Stimmberechtigten nötig.
DS-Grundsatz: Datenvermeidung und Datensparsamkeit

Antrag 10/067 (Leitmeinungskontrollgremium)

Antragssteller: Joachim Francke

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen, ein Leitmeinungskontrollgremium einzurichten, welches die einzige wahre Meinung des StuRa in jeglicher Kommunikation nach außen vorgibt und die Einhaltung mittels zwingender Vorabprüfung sicherstellt. Oder der GF diese Kompetenz in der Satzung zuzugestehen.

Alternativer Name: ZK - Zentral Konsens

Begründung:

Die GF darf so etwas nicht allein entscheiden. Siehe GF Protokoll vom 23.06.2010.

Antrag 10/068 (HSG Anerkennung – neues SächsHG)

Antragsstellerin: Kristin Hofmann (Referentin Service- und Förderpolitik)

Antragstext:

Ändere Richtlinie zur Anerkennung von Hochschulgruppen § 4 Absatz 1 Punkt 4 "die Anerkennung der Erfüllung der Aufgaben der Studierendenschaft aus § 74 Abs. 3 SächsHG entgegensteht"

in

"die Anerkennung der Erfüllung der Aufgaben der Studierendenschaft aus § 24 Abs. 3 SächsHG entgegensteht"

und ändere § 4 Absatz 1 Punkt 5 "die Anerkennung der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule aus § 4 SächsHG entgegensteht"

in

"die Anerkennung der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule aus § 5 SächsHG entgegensteht"

Begründung: Anpassung an das aktuell geltende Sächs HSG (gültig seit 1.1.2009)

Antrag 10/069 (HSGs – Meinungen und Themen auf Homepage)

Antragsstellerin: Kristin Hofmann

Antragstext:

Ändere § 2 Abs. 2 Satz 2 "Sie können sich, ihre Projekte und ihre Termine auf der dafür vorgesehenen Internetseite des Studentenrates vorstellen."

in

"Sie können sich, ihre Projekte, Themen, Meinungen und ihre Termine auf der dafür vorgesehenen Internetseite des Studentenrates vorstellen."

Begründung:

Bisher können die Hochschulgruppen keine Meinungen veröffentlichen. Aber es ist doch mehr als sinnvoll, wenn z.B. der VdI seine Meinung zur Ingenieurausbildung an der TUD etc. veröffentlichen kann. Auch hier denke ich, dass es nun nicht zu Hauf passiert, sondern ein Angebot darstellt. Die Referentin Internet würde dies auch so kenntlich machen beim auf die Website stellen, z.B. mit "Anerkannte Hochschulgruppe sagt" davor schreiben o.ä.

Antrag 10/070 (HSGs – Zeitung des Studentenrates)

Antragsstellerin: Kristin Hofmann

Antragstext:

Streiche in § 2 Abs. 3 Satz 3 "Sie können ihre Projekte in der Zeitung des Studentenrates vorstellen."

Begründung:

Derzeit gibt es keine eigenen Zeitung des StuRas. Um Missverständnisse aus dem Weg zu räumen und die Anerkennungsrichtlinie aktuell zu halten, plädiere ich für die Streichung.

Antrag 10/071 (HSGs – Büromaterialien)

Antragsstellerin: Kristin Hofmann

Antragstext:

Ändere § 2 Absatz 4 Satz 1 "Hochschulgruppen können die Schneidemaschine und den Broschürentacker des Studentenrates nutzen, soweit diese nicht vom Studentenrat selber benötigt werden."

in

"Hochschulgruppen können die Büromaterialien des Studentenrates nutzen, soweit diese nicht vom Studentenrat selber benötigt werden."

Begründung: Die Nennung von einzelnen Werkzeugen erscheint mir zu kleinteilig und außerdem können die Hochschulgruppen ja auch den Locher oder einen Kuli etc. benutzen. Deswegen würde ich es auf Ressourcen ausdehnen. Es ist nicht zu erwarten, dass dann alle anerkannten Hochschulgruppen ständig schneiden, lochen oder drucken, aber dennoch sollte sich der StuRa stärker als Partner etablieren und seine Ressourcen, finanziert durch studentische Mittel, zur Verfügung stellen.

Antrag 10/072 (HSGs- Unterstützung durch den StuRa)

Antragsstellerin: Kristin Hofmann

Antragstext:

Ändere § 2 Abs. 2 Satz 5 "Die Geschäftsführung des Studentenrates kann Hochschulgruppen bei Anliegen an andere Institutionen unterstützen."

in

"Die Geschäftsführung und die Referate des Studentenrates kann Hochschulgruppen bei Anliegen an andere Institutionen und der täglichen Arbeit unterstützen."

Begründung:

Die Hochschulgruppen sollen die Möglichkeit erhalten, auf das KnowHow des StuRa zurück zu greifen. (Tipps beim Layout oder beim Erstellen einer Petition oder so). Außerdem sollen die Menschen, die Ihnen helfen, abgesichert sein und damit nicht "im luftleeren Raum arbeiten".

Antrag 10/073 (Widerruf der Anerkennung als HSG)

Antragsstellerin: Kristin Hofmann

Antragstext:

Ändere in der Richtlinie zur Anerkennung der Hochschulgruppen § 1 Abs. 4 Satz 3 "Sofern Tatsachen später bekannt werden, die der Anerkennung einer Hochschulgruppe entgegenstehen, ist die Anerkennung der Hochschulgruppe gemäß § 49 Abs. 1 Satz 2 VwVfG zu widerrufen."

in

"Sofern Tatsachen später bekannt werden, die der Anerkennung einer Hochschulgruppe entgegenstehen, ist die Anerkennung der Hochschulgruppe gemäß § 49 Abs. 1 VwVfG zu widerrufen."

Begründung: In dem Gesetz gibt es im Absatz 1 keinen Satz 2. Der Absatz 1 lt. wie folgt: "1) Ein rechtmäßiger nicht begünstigender Verwaltungsakt unanfechtbar geworden ist, ganz oder teilweise mit Wirkung werden, außer wenn ein Verwaltungsakt gleichen Inhalts oder aus anderen Gründen ein Widerruf unzulässig ist."

Antrag 10/074 (Ausschlussklausel für Nazis)

Antragsteller_in: Referat für politische Bildung

Der Stura möge beschließen:

- 1) Für alle Veranstaltungen des Stura gilt:
"Ausgeschlossen von der Veranstaltung sind Personen, die rechtsextremen Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äusserungen in Erscheinung getreten sind. Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und diesen Personen den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser zu verweisen."
- 2) Der Referent_die Referentin Internet wird beauftragt, diesen Passus auf der Homepage an geeigneter Stelle zu veröffentlichen.
- 3) Alle Veranstalter_innen, die Stura-Veranstaltungen durchführen, werden gebeten, diesen Passus auf ihren Einladungen und bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen an den Türen zu veröffentlichen. Bei politischen Veranstaltungen erfolgt diese Bitte mit Nachdruck.

Begründung:

Die Wortergreifungsstrategie der Nazis wird wohl allen bekannt sein. Diese Wortergreifung gilt es als Demokrat_innen zu unterbinden. Die derzeit übliche Methode dazu ist es, den Teilnehmendenkreis bei Veranstaltungen einzugrenzen und auf das Hausrecht zu verweisen.

Für weitere Informationen sei die Broschüre des Kulturbüros Sachsen <http://www.kulturbuero-sachsen.de/dokumente/9Umgang.pdf> zu empfehlen.

Antrag 10/075 (AEs in der KSS)

Antragssteller: Robert Drechsel

Antragstext:

Der Studentenrat möge beschließen den von ihm entsandten KSS-Mitgliedern (m/w) die Weisung zu geben, eine Gleichbehandlung aller in der KSS Mitarbeitenden in Bezug auf Aufwandsentschädigungen zu erwirken.

Begründung:

Die Finanzvereinbarung wurde dieses Jahr angenommen, mit einer langen Diskussionen um die ungleich Behandlung der Mitglieder zu Sprechern. Damit manches Argument naechstens Jahr nicht wieder fallen muss, dass wir fuer die Aenderung

Antrag 10/076 (Gleichbehandlung als Kriterium für die KSS Finanzvereinbarung)

Antragssteller: Robert Drechsel

Antragstext:

Der Studentenrat moege beschliessen, dass sie der Finanzordnung der KSS nicht zustimmen werden, sollten Menschen in dieser ungleich behandelt werden.

Begründung:

Die Finanzvereinbarung wurde dieses Jahr angenommen, mit einer langen Diskussionen um die ungleich Behandlung der Mitglieder zu Sprechern. Damit manches Argument naechstens Jahr nicht wieder fallen muss, dass wir fuer die Aenderung

Antrag 10/077 (Briefe an den StuRa)

Antragssteller: Robert Drechsel

Antragstext:

Hiermit beantrage ich, dass Emails und Briefe, welche an den Stura adressiert sind und sich mit Themen und der Arbeit des Studentenrates beschaeftigen, ueber eine eigens dafuer geschaffene Mailingliste, mit zB einem Betreffspraefix den Sturamitgliedern zugaenglich gemacht werden.

Begruednung:

Die Studenten sind die Basis, daher sollte Ihre Meinung auch gehoert werden, ob jmd darauf reagieren moechte ist dann immer noch seine Angelegenheit. Ich faende es schade, wenn zB nur die GF eine email diesbeueglic begutachtet, da der Stura schon einen Studentenfremden ruf hat.

Mir ist bewusst, dass dieses einen erhoeten Zeitaufwand an entsendete Mitglieder bedeuten koennte, den sie jedoch durch Filtern von Emails auch abwenden koennen.

Antrag 10/080 (Transportkoffer für Musikanlage)

Antragssteller: Jan Kossick

Antragstext:

Verbesserung der Lebensqualität der Beschallungsanlage (PA) des StuRas durch Kauf zweier Transportkoffer, einer Mikrofonstativtasche und einer Boxenstativtasche.

Gesamtkosten: 600 Euro

Begründung:

Durch die hohe Ausleihfrequenz der PA, welche so nicht vorgesehen war, hat sich die jetzige Originalverpackung der beiden Behringer-Aktivboxen fast in Wohlgefälligkeit aufgelöst und hält nur noch mit Klebeband und viel gutem Willen.

Auf Wunsch von Frau Lippmann sollen es Hardcases (Sperrholzplattenkoffer mit Metallkanten) mit Rollen werden, im Anhang (VAN231952.pdf) Position 1 und 3, mit Gesamtkosten von 543,90 EUR.

Zusätzlich werden noch eine weitere Mikrofonstativtasche sowie eine weitere Boxenstativtasche gebraucht, Angebot ebenfalls im Anhang (Taschen.pdf), Positionen 1 und 2 in Gesamthöhe von 24,80 EUR. Da wir beim Zoundhouse bereits Kunde sind, würde ich von Alternativangeboten absehen. Sollte es billigere Angebote geben, ist eine Anfrage nach Preisminderung beim Zoundhouse durchaus erfolgreich.

Zur Refinanzierung der Kosten schlage ich eine Erhöhung der Ausleihgebühr um 20 EUR auf 30 EUR für 12 Monate vor.

(Anhang hat die Sitzungleitung nicht in digitaler Form erhalten.)

Antrag 10/081 (Wiederanerkennung der GFSK)

Antragssteller: Joachim Francke

Antragstext:

Der StuRa möge beschließen der GFSK den StuRa HSG Status nicht abzuerkennen, bzw. die GFSK als solche anzuerkennen.

Begründung:

- Laut Förderrichtlinie ist keinerlei Grund erkennbar, der einer Anerkennung als HSG zuwider läuft.
- Die Inhalte der GFSK laufen keiner Position des StuRa zuwider, wie die bisherigen Veranstaltungen zeigen (Minderheiten in Europa, Scientology).
- Positiv hervorzuheben ist die Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.